



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
3003 Bern

Per Mail: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 6. April 2017

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Der Städteverband begrüsst grundsätzlich die Zielsetzungen der Vorlage, die geeignet ist, die Wehrdienstgerechtigkeit zu verbessern, den Vollzug zu vereinfachen (Schaffung von Transparenz und Reduktion Erhebungsaufwand) und die Ersatzpflichtdauer an die Militär- und Zivildienstgesetzgebung anzugleichen.

Zu den Fragen

Frage 1: Der Städteverband befürwortet die Einführung einer einmaligen Abschluss-Wehrpflichtersatzabgabe (WPE) für Militär- und Zivildienstleistende, welche die Gesamtdienstleistungspflicht um mehr als 15 Militär- oder 25 Zivildiensttage nicht erfüllt haben. Diese Massnahme soll dazu beitragen, die relative Gleichbehandlung zu verbessern (Dienstleistende leisten alle festgelegten Diensttage und die Nichtdienstleistenden bezahlen alle obligatorischen WPE).

Frage 2: Der Städteverband spricht sich dafür aus, die Höhe der Mindestabgabe unverändert bei 400.00 Franken zu belassen. Diese Mindestabgabe bezahlen wenig Verdienende, oftmals auch die



sich noch in der Ausbildung Befindenden, respektive deren Eltern. Es ist deshalb fraglich, ob eine Erhöhung wirklich einen zusätzlichen Anreiz zur Erfüllung der Dienstpflicht darstellt.

Frage 3: Wir erachten den Wert von 3 % des Reineinkommens als reguläre Abgabe als angemessen und sprechen uns gegen eine Erhöhung aus.

Frage 4: Die Ausdehnung der Sicherungsinstrumente auf den Einzug der aktuell gültigen Schriften (Pass und ID) im Falle von offenen Wehrpflichtersatzabgaben ist als unverhältnismässig zu bezeichnen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband